

Zur Erinnerung an Paul Szillat

Veranstaltung im Abgeordnetenhaus von Berlin am 28. Mai 1913 zur Erinnerung an die Ablehnung des preußischen „Ermächtigungsgesetzes“ durch die Fraktion der SPD am 18. Mai 1933 und an die mutigen Worte des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Paul Szillat

Historische Einführung: Priv. Doz. Dr. Siegfried Heimann

Lieber Genosse Raed Saleh, liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren,

ich danke herzlich für die Einladung zu dieser Veranstaltung der SPD-Fraktion und für die Gelegenheit, an die mutige Tat eines aufrechten Sozialdemokraten erinnern zu helfen.

Paul Szillat, der letzte Fraktionsvorsitzende der SPD im Preußischen Landtag, begründete am 18. Mai 1933 hier in diesem Hause den Widerspruch seiner Fraktion gegen das preußische Ermächtigungsgesetz und lehnte es zusammen mit seinen Genossen ab. Das Berliner Abgeordnetenhaus ist nicht der Preußische Landtag, auch wenn das Haus in etwa dasselbe ist, und das Land Berlin ist nicht Preußen. Aber wir befinden uns in diesem Hause an einem historischen Ort, der auch für die Geschichte Berlins als preußischer Hauptstadt von nicht geringer Bedeutung ist.

Preußen war ja bereits im Jahre 1899, als das preußische Haus der Abgeordneten und wenige Jahre später auch das preußische Herrenhaus neue, prunkvolle Räume mit neuer Adresse hier in der damaligen Prinz-Albrecht-Straße bezog, nur noch ein Abglanz seiner selbst, auch wenn die Abgeordneten besonders der konservativen Parteien das nicht wahrhaben wollten.

Berlin war nicht länger nur die Hauptstadt Preußens, sondern es war die „Reichshauptstadt. Der Reichstag war frei gewählt, freilich nur von Männern. Die Diskussionen in diesem Parlament waren in ihrer Bedeutung auch für preußische Belange wichtiger als die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus, dessen Abgeordnete bis 1918 nach dem undemokratischen Dreiklassenwahlrecht gewählt wurden.

Mit der Reichsgründung 1871 begann allerdings auch eine bemerkenswerte Fehleinschätzung der Rolle Preußens im neuen Deutschen Reich. So begann für manche spätere Historiker das im Nazismus endende deutsche Verhängnis mit der Reichsgründung und Preußen war dabei die „Wurzel allen Übels“. Diese Art der Schuldzuschreibung an Preußen war nicht zuletzt die Ursache für die Auflösung Preußens als Staat per Gesetz der alliierten Sieger im Jahre 1947.

Eine „Bilanz“ der preußischen Geschichte einschließlich seiner Institutionen wie des preußischen Landtags darf Schattenseiten und lange wirkende Fehlentwicklungen dieser Geschichte nicht verschweigen. Aber die zu Recht auch immer wieder zitierten positiven Beispiele einer vorwärtsweisenden Entwicklung in Preußen, wie etwa der Toleranzgedanke, dürfen nicht gering geachtet werden. Der deutsche Rechtsstaat hatte seine Wurzeln in der preußischen Geschichte. Grundlage der preußischen Rechtsprechung war das „Preußische Allgemeine Landrecht“ von 1794, das durch das ganze 19. Jahrhundert in seinen wichtigen Teilen bis zur Verabschiedung des „Bürgerlichen Gesetzbuches“ im Jahre 1900 Gültigkeit behielt. Es war nach dem Urteil des Rechtshistorikers Uwe Wesel „das imposanteste und modernste Gesetzbuch jener Zeit“.

Nach der deutschen Revolution von 1918/19 hatte Preußen zwar nun endgültig seine „Hegemonialstellung“ in Deutschland eingebüßt. Aber das neue demokratische und republikanische Preußen wurde „zu einer Art republikanischen Musterstaat“, zu einem „Bollwerk der Demokratie“ nicht zuletzt im Vergleich zur Entwicklung im Reich.

Das war nicht von heute auf morgen zu erreichen gewesen. Die Parteien der Weimarer Koalition, die Sozialdemokratische Partei, die katholische Zentrumspartei und die Deutsche Demokratische Partei, beileibe nicht in allen Fragen einer Meinung, waren trotz allem bis 1932 Garanten dieser Kontinuität. Diese schwere Aufgabe angepackt zu haben und nicht wenig, wenn auch nicht alles und nur für kurze Zeit erreicht zu haben, gehört auch zur „Bilanz“ preußischer Geschichte, an die heute positiv zu erinnern ist.

Und zu dieser positiven Bilanz gehört ohne jeden Zweifel die mutige Tat des Sozialdemokraten Paul Szillat am 18. Mai 1933, die leider wenig bekannt ist und an die wir mit der heutigen Veranstaltung erinnern wollen. Ich will zur Vorgeschichte und wie es zu diesem denkwürdigen Ereignis kam, einiges berichten, bevor Raed Saleh uns die politische Biographie von Paul Szillat vorstellt.

Der Niedergang Preußens begann schon ein Jahr vorher mit dem „Preußenputsch“ im Juli 1932, mit dem „Staatsstreich“ der Reichsregierung Papen gegen die preußische Regierung von Otto Braun. Zu Beginn des Jahres 1932 hatte die Wahl des Reichspräsidenten auf der Tagesordnung aller Parteien gestanden. Die erneute Kandidatur des greisen Hindenburg wurde diskutiert, um den möglich scheinenden Wahlsieg des Kandidaten Hitler zu verhindern. Hitler war gesellschaftsfähig geworden.

Nachdem ihn Hindenburg schon im Herbst 1931 empfangen hatte, erhielt er nun Anfang Januar 1932 auch eine Einladung zu Gesprächen mit dem Reichskanzler Brüning. Hitler war wenig beeindruckt, er stellte Bedingungen. Eine Bedingung betraf Preußen. Hitler verlangte die Garantie, dass nach den Landtagswahlen in Preußen „eventuellen Versuchen der Linken, nach den Wahlen die Neubildung einer dem Volkswillen entsprechenden Regierung zu hintertreiben“ ein Riegel vorgeschoben wird. Aktionen gegen das demokratische Preußen kündigten sich an.

Bei der Wahl zum Reichspräsidenten im März 1932 erhielt Hindenburg erst im 2. Wahlgang mit 53% die ausreichende Zahl von Stimmen. Reichspräsident Hindenburg, nach dem Urteil von Heinrich August Winkler ein „deutsches Verhängnis“, konnte seine zweite Amtszeit antreten. Seine Wiederwahl verdankte er den demokratischen Parteien der Weimarer Republik, die allesamt mit Hindenburg das kleinere Übel wählen wollten in der Hoffnung, dass er sich weiterhin an Recht und Verfassung halten werde. Eine Illusion, wie sich bald herausstellen sollte. Es wäre in dem Zusammenhang interessant zu zählen, wie viele Straßen, auch in Berlin, noch immer den Namen Hindenburg tragen.

Im April 1932, nur zwei Wochen nach der Präsidentenwahl, wurden die Wähler Preußens schon wieder zu den Wahlurnen gerufen. Nach der preußischen Landtagswahl hatte die Regierung Braun keine Mehrheit mehr. Die NSDAP konnte nun auch in Preußen (wie schon zuvor 1930 bei der Reichstagswahl) einen erdrutschartigen Wahlerfolg feiern: Sie erhielt über 36 % der Stimmen, die Zahl der Mandate wuchs von 6 auf 162. Die SPD verlor fast 8% der Stimmen, hatte aber immerhin noch über 21 % der Stimmen und 94 Mandate erhalten.

Nur die zuvor veränderte Geschäftsordnung des preußischen Landtags verhinderte die Abwahl der preußischen Regierung. Otto Braun und seine Regierung blieben im Amt, da keine Mehrheit zur Abwahl der Regierung zustande kam. Aber schon äußerlich waren die neuen Machtverhältnisse im Landtag erkennbar. Die NSDAP als stärkste Fraktion stellte den Alterspräsidenten und den Landtagspräsidenten. Der Kandidat der NSDAP, Hanns Kerl wurde mit 262 von 409 Stimmen gewählt und machte mit seiner ersten Rede klar, wie wenig er von einer parlamentarischen Demokratie hielt.

Ende Mai 1932 trat Reichskanzler Brüning zurück. Reichspräsident Hindenburg beauftragte den konservativen Zentrumspolitiker von Papen mit der Bildung einer

„Regierung der nationalen Konzentration“ im Reich. Es war vom ersten Tage an klar, dass die weiter amtierende preußische Regierung einer solchen Regierung im Wege stand. Im Reich war nun nur zu deutlich geworden, woher künftig der Wind wehen würde.

Noch im Mai 1932 war die neu gewählte Landtagsfraktion der NSDAP im Hotel Prinz Albrecht in der Prinz-Albrecht-Straße 9, dem Preußischen Landtag schräg gegenüber und neben der künftigen Terrorzentrale in der Prinz-Albrecht-Straße 8, in Anwesenheit Hitlers zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen gekommen. Im Völkischen Beobachter hieß es dazu zwei Tage später: „... Auf das stürmischste begrüßt von den 162 neugewählten Abgeordneten der nationalsozialistischen Bewegung, nahm der Führer sofort nach seinem Eintreffen das Wort, um in einstündiger Rede die großen politischen Richtlinien für den Preußenkampf der Fraktion bekannt zu geben und festzulegen.“ Für die Öffentlichkeit sollte deutlich werden, dass die Nazi-Bewegung auch in Preußen nicht mehr nur mitreden, sondern auch mitentscheiden wollte.

Mit dem Reichskanzler Franz von Papen hatte die Herrschaft einer „Junta von Ultrakonservativen“ begonnen. In eitler Selbstüberschätzung war diese Junta bereit, mit der Nazi-Bewegung zusammenzuarbeiten, um diese bei der Abschaffung der demokratischen Republik die Dreckarbeit erledigen zu lassen. Haupthindernis bei diesem Ziel aber war weiterhin Preußen und seine Institutionen. Dieses Hindernis zu beseitigen, hatte sich die „Junta“ um Papen unmittelbar nach der Ernennung als erste Aufgabe vorgenommen. Der neue konservative Reichsinnenminister forderte die „Endlösung“ für das preußische Problem: „Die junge, immer weitere Kreise erfassende Bewegung Adolf Hitlers muss, um die in ihr lebendigen nationalen Kräfte dem Wiederaufbau des Volkes nutzbar zu machen, von den ihr unter Brüning und Severing angelegten Fesseln befreit und zum erfolgreichen Kampf gegen den internationalen Kommunismus geführt werden.“

Nachdem Papen vom Reichspräsidenten Hindenburg eine „Blankovollmacht“ erhalten hatte, bedurfte es nur noch eines Vorwands, um durch einen „Putsch“ die rechtmäßige preußische Regierung zu beseitigen. Der Vorwand war schnell gefunden.

Mitte Juli 1932 kam es im damals noch preußischen Altona zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei. Zahlreiche Tote waren zu beklagen, sie gingen alle auf das Konto einer schießwütigen

Polizei. Dennoch konstruierte die Reichsregierung daraus einen kommunistischen Aufstandsversuch. Papen erklärte öffentlich, warum das Eingreifen der Reichsregierung nunmehr unumgänglich sei. Die Reichsregierung habe feststellen müssen, dass in Preußen „Planmäßigkeit und Zielbewusstheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen“.

Zwei vom Reichspräsidenten Hindenburg am 20. Juli 1932 erlassene Notverordnungen sollten das Eingreifen ermöglichen. Sie waren so dreist formuliert, dass Julius Leber „sie zunächst für eine wüste Phantasie halten möchte“, wie er in seinem Tagebuch notierte. Aber Leber und mit ihm viele andere Demokraten mussten zur Kenntnis nehmen, dass sie keine Phantasie waren.

Mit den Notverordnungen wurde die rechtmäßige preußische Regierung durch einen Reichskommissar ersetzt und zugleich durch die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf den Reichswehrminister handlungsunfähig gemacht. Der Reichskanzler teilte den preußischen Ministern mit, dass er „den preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und den preußischen Minister des Innern Dr. Severing ihrer Ämter enthoben habe“. Severing erklärte daraufhin, dass „er gegen diese Maßnahme energisch protestiere“.

Der Protest Severings war ehrenwert, aber hilflos zugleich. Der „Preußenschlag“, sprich: der Staatstreich des Reichskanzlers von Papen am 20. Juli 1932 hatte die rechtmäßige preußische Regierung entmachtet. Die Minister der Regierung setzten dieser Amtsenthebung außer verbalem Protest keinen Widerstand entgegen.

Papen machte in einer Rundfunkrede deutlich, worum es ihm und den konservativen „Putschisten“ eigentlich ging. Er beschuldigte die preußische Regierung, dass sie keinen Unterschied mache zwischen kommunistischen „Zerstörern unserer Kultur“ und der „aufstrebenden Bewegung der NSDAP“. Die Macht im Staate Preußen übten nun die eingesetzten Reichskommissare aus, bis nach dem 30. Januar 1933 auch in Preußen der Nazi-Bewegung die Macht zufiel. Hindenburg und Papen hatten mit dem Preußenschlag vom 20. Juli 1932 den Nazis das letzte Bollwerk gegen eine Nazi-Diktatur aus dem Weg geräumt.

Auch Zeitgenossen beschäftigte schon die Frage, ob denn nicht mehr Widerstand gegen diese Entwicklung möglich gewesen wäre. Für den Verzicht auf einen gewaltsamen Widerstand, zu dem nicht wenige Mitglieder des mitgliederstarken

republikanischen Reichsbanners bereit gewesen waren, gab es zwar viele gute Gründe. Aber es überraschte damals doch und es erscheint auch im Rückblick immer noch erstaunlich, dass sich die in Preußen und im Reich weiterhin starke Sozialdemokratie gegen den offenbaren gesetzwidrigen „Putsch“ so passiv verhielt.

Die preußischen Sozialdemokraten waren vor allem deshalb so resigniert, weil sie bis zur Landtagswahl im April 1932 immer noch glauben wollten, dass in Preußen die Uhren anders gingen. Sie waren im preußischen Landtag fast immer die stärkste Fraktion und hatten fast ununterbrochen den Ministerpräsidenten gestellt. Die preußische Polizei war keinesfalls so republiktreu, wie die große Zahl republikanischer Polizeipräsidenten vermuten ließ, ein Generalstreik war bei der hohen Arbeitslosigkeit eine stumpfe Waffe und den 200 000 Reichsbanner-Mitgliedern standen über 700 000 Männer aus SA und anderen rechten Milizen gegenüber. Darüber hinaus bedeutete der über Berlin und Brandenburg verhängte Belagerungszustand, dass die Reichswehr auch im Innern eingesetzt werden durfte und bei angeblichen Unruhen auch sicher eingesetzt worden wäre.

Aber diese resignative Haltung der Sozialdemokratie mag im Rückblick hilflos genannt werden. Die aus vielerlei Gründen nicht zustande gekommene Zusammenarbeit von SPD und KPD gegen den aufkommenden Nazismus mag beklagenswert gewesen sein. Aber entgegen mancher heute noch grassierender Legenden: Beides war nicht die eigentliche Ursache für das Scheitern der Weimarer Demokratie.

Die Basis für den Bestand der Weimarer Republik war die Zusammenarbeit von SPD, Zentrum und der Demokratischen Partei gewesen. Das waren die einzigen und zunächst starken politischen Kräfte, die sich zur Republik bekannten. Wenn diese Basis aber brüchig zu werden drohte oder gar zerbrach, war auch das Scheitern der Weimarer Republik programmiert. Die SPD fand im demokratisch gesonnenen Bürgertum keinen hinreichend starken Partner mehr. Das war, wie Heinrich August Winkler es formuliert, „die Hauptursache für das Scheitern der ersten deutschen Republik.“

Das deutsche Bürgertum hatte ihre nie hundertprozentig vorhandene Bereitschaft aufgegeben, sich zur demokratischen Republik zu bekennen und war ins Lager konservativer, völkischer, antisemitischer, antidemokratischer und nazistischer Kräfte übergegangen. Es entzog damit der Weimarer Republik bewusst und schließlich auch

ohne Zögern die Grundlage ihrer Existenz - Ausnahmen, die es natürlich gab, bestätigen nur die Regel.

Zu den Ausnahmen, sie dürfen nicht unerwähnt bleiben, gehörten im preußischen Landtag der Zentrumsabgeordnete Graf Galen, ein Bruder des mutigen Kardinals Galen aus Münster, er gab sein Mandat vorher zurück, und der Zentrumsabgeordnete und christliche Gewerkschafter Bernhard Letterhaus, er erschien nicht zur Sitzung, um am 18. Mai 1933 nicht mit seiner Fraktion dem Ermächtigungsgesetz zustimmen zu müssen. Letterhaus musste seinen Widerstand gegen die Nazi-Diktatur mit dem Leben bezahlen. Nach ihm ist mit großem Recht ein Saal in diesem Hause benannt.

Mitte Januar 1933 trat der Preußische Landtag scheinbar routinemäßig zum ersten Mal im neuen Jahr zusammen, um sich allerdings schnell wieder bis Mitte Februar zu vertagen. In der Zwischenzeit war Adolf Hitler, wie Alan Bullock später schrieb, „durch eine Intrige über die Hintertreppe ins Amt geschubst“ worden. Hitler hatte nicht die Macht ergriffen, sie war ihm übertragen worden. Die „konservative Kamarilla um Hindenburg [hatte] mit ihren aufwendigen Manövern mit dazu beigetragen, den Nationalsozialisten den Weg zum Machtmonopol zu bereiten“, wie Christopher Clark die Umstände der Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 treffend zusammenfasste.

Anders als seine beiden Vorgänger verzichtete Reichskanzler Hitler darauf, auch als preußischer Ministerpräsident zu amtieren. Er ernannte, wenn auch nur für wenige Wochen, seinen Stellvertreter von Papen zum preußischen Ministerpräsidenten und Hermann Göring zum neuen preußischen Innenminister. Göring war jedoch schon vor dem März 1933 der eigentliche neue Machthaber in Preußens, freilich von Hitlers Gnaden.

In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 brannte der Reichstag. Die „Schuldigen“ waren für die Nazi-Regierung schnell gefunden. Es gehörte deshalb zum Szenarium der angeblichen Bedrohung durch einen kommunistischen Putsch, dass am 27. Februar noch vor Mitternacht auch das Gebäude des Preußischen Landtags von mehreren Polizeiposten besetzt wurde, um es „zu sichern“.

Am 5. März 1933 wurden Reichstag und Preußischer Landtag neu gewählt. Die NSDAP wurde nun auch in Preußen noch stärker als zuvor, erhielt aber dennoch mit 43% nicht die absolute Mehrheit. Da die 63 Mandate der KPD nicht anerkannt wurden,

reichten aber die 211 Mandate der NSDAP zusammen mit den 42 Mandaten der Deutschnationalen Volkspartei, um im Landtag unter Federführung seines Präsidenten Kerrl jedes Gesetz durchbringen zu können.

Der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende Ernst Heilmann – auch nach ihm ist hier im Hause ein Saal benannt – kandidierte nicht mehr: zu sehr war als Sozialdemokrat und Jude zum Ziel hasserfüllter Angriffe der Nazis geworden. Auch er wurde von den Nazis ermordet. Paul Szillat wurde für wenige Wochen sein Nachfolger.

Seit Mitte April 1933 hieß der preußischen Ministerpräsident nun Hermann Göring. Der Reichskanzler Hitler, kraft eigenen Rechts auch Reichsstatthalter von Preußen, hatte ihn dazu ernannt. Die NSDAP stellte damit auch in Preußen den ersten Mann im Staate. Durch einen einfachen Erlass setzte Göring am noch Ende April den Haushaltsplan für das Jahr 1933 für Preußen in Kraft. Das Budgetrecht des Landtags existierte nicht mehr.

Am 18. Mai 1933 kam schließlich der Tiefpunkt in der Geschichte des Preußischen Landtags. Der Landtag trat zum letzten Mal zusammen, um sich selbst zu entmachten. Die Abgeordneten verabschiedeten auch für Preußen ein „Ermächtigungsgesetz“, das die „Gleichschaltung“ Preußens durch das von der Reichsregierung erlassenen Gleichschaltungsgesetz ausdrücklich begrüßte. Der alte Dualismus zwischen Reich und Preußen sei damit endgültig beseitigt, wie Göring als Ministerpräsident und als Reichsstatthalter in seiner Regierungserklärung verkündete und lebhaften Beifall der Abgeordneten auslöste.

Die „Befreiungstat des 20. Juli 1932“, so erklärte Göring, werde mit dem zu beschließenden Gesetz nun „in geordnete und verfassungsmäßige Formen“ überführt. Wie Göring die Verfassung verstand, erläuterte er mit unmissverständlicher Offenheit. Er habe in den vergangenen Jahren vor allem von Adolf Hitler gelernt: „... sein Wille ist mein Wille geworden“, und er werde daher die preußische Staatsregierung „vor allem und in erster Linie als treuester Paladin meines Führers Adolf Hitler“ übernehmen.

Paul Szillat widersprach im Namen seiner Partei. Dazu gleich mehr. Es war ein letztes mutiges Zeugnis eines preußischen Landtagsabgeordneten im Plenum des Landtags. Aber es half wenig. Danach wurde das von der NSDAP und der DNVP eingebrachte „Ermächtigungsgesetz“ in allen drei Lesungen im Eilverfahren beschlossen, mit dem nach 234 Jahren Preußen seine Eigenständigkeit verlor.

Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom Januar 1934 nahm schließlich auch Preußen wie allen anderen Ländern seine Stellung eines mit eigenen Hoheitsrechten ausgestatteten Staates. Das Gesetz machte Preußen zu einer bloßen „Verwaltungs- und Finanzeinheit“.

Während der ganzen Zeit der Weimarer Republik war Preußen für die Nazi-Bewegung ein ‚rotes Tuch‘ gewesen. Preußen war der Staat in der deutschen Republik, der es gewagt hatte, Adolf Hitler schon Mitte der zwanziger Jahre mit einem Redeverbot zu belegen. Berlin war für Hitler und für alle anderen überzeugten Nazis die Stadt der „Novemberverbrecher“, die es zu erobern galt. Die Hauptstadt machte es der Nazi-Bewegung in der Tat nicht leicht, wie der mit der „Eroberung“ beauftragte Josef Goebbels bald feststellen musste. Die NSDAP erhielt in Berlin bei Wahlen stets weniger Stimmen als im Durchschnitt im Reich und in Preußen. Berlin und Preußen waren und blieben bis 1932 vor allem auch ein „Bollwerk gegen rechts“.

Die Institutionen des preußischen Staates, vor allem der Preußische Landtag - galten daher den Nazis wenig. Umso mehr aber beanspruchte die Nazi-Bewegung den „Mythos Preußen“ einschließlich des zu diesem Zweck zu recht gestutzten Bildes von Friedrich II. Und sie bemächtigte sich der „Legende Preußen“, wie sie sie verstand, bis zum Ende der Nazi-Diktatur. Die nie verstummende öffentliche Berufung der Nationalsozialisten auf Preußen gipfelte schließlich nur noch in einer großen Perversion. Die Inschrift „Jedem das Seine“ stand über dem Eingangstor zum Konzentrationslager Buchenwald, der Spruch war der Sinnspruch des preußischen Schwarzen Adlerordens.

Aus dem Scheitern der Weimarer Republik bleibt daher vor allem eine Lehre: es gilt, sich zu wehren auch und gerade gegen mächtige Feinde der Demokratie, solange dazu Zeit ist und es gilt, dabei nicht zögerlich zu sein. Kein fauler Kompromiss also, sondern entschiedener Widerstand, wo Widerstand auf der Tagesordnung stehen muss.

Die Erinnerung an die Zeit zwischen 1918 und 1932/33, als Preußen und der Preußische Landtag ein „Bollwerk der Demokratie“ waren, kann dabei helfen. Nicht zuletzt der mutige Widerspruch gegen die Nazi-Diktatur durch den letzten SPD-Fraktionsvorsitzenden Paul Szillat. Von ihm soll nun noch mehr die Rede sein. Ich danke Euch, ich danke Ihnen.